

**Durchlaucht, in Kürze jährt sich Ihre Übernahme der Staatsgeschäftsführung zum ersten Mal: Welche Kurzbilanz können Sie nach 365 Tagen ziehen?**

Eine positive Bilanz. Ich hatte das Glück, mich gut auf die Aufgabe vorbereiten zu können und erfahrene Mitarbeiter zu haben. Das Jahr war bis auf die letzten Monate politisch durch den Wahlkampf geprägt und daher für mich eine ruhigere Zeit. Diese Zeit konnte ich nutzen, um die gesamte Landesverwaltung zu besuchen, viele Gespräche zu führen und mich intensiver mit den Themen zu befassen, die für uns in der Zukunft wichtig sein werden. Nun bin ich gespannt auf das kommende Halbjahr, in dem sich nach der Einarbeitungsphase der Regierung sicher die Möglichkeit bieten wird, grössere Projekte anzugehen.

**Sie haben es angesprochen: Es sind wenige Monate vergangen, seit die neue Regierung im Amt ist; wurden die Erwartungen, die Sie an die Koalitionsregierung gestellt haben, erfüllt, oder sehen Sie noch Mankos, die es noch auszugleichen gilt?**

Bis auf Regierungschef Otmar Hasler haben alle Regierungsmitglieder neue Ressorts zu betreuen, in die man sich erst einarbeiten muss. Es ist daher noch zu früh, über erfüllte Erwartungen zu sprechen.

**Sie befürworten eine Koalitionsregierung, Ihr Vater war der Ansicht, Alleinregierungen seien besser?**

Ich bin kein ausgesprochener Befürworter einer Koalitionsregierung. Man muss wissen, dass beide Regierungsformen ihre Vor- und Nachteile haben. Bei Alleinregierungen sind die Verantwortlichkeiten klarer und sie können schneller handeln. Bei Koalitionsregierungen muss auf den Partner Rücksicht genommen und es müssen Kompromisse gefunden werden. Das führt dazu, dass die Entscheidungsprozesse langsamer sind und die Vorlagen durch Kompromisse leicht verwässert werden. Dafür sind die Entscheide breiter abgestützt und man tritt vielleicht eher geschlossen nach aussen auf.

Bei der momentanen Mandatsverteilung brauchen wir auf jeden Fall eine Koalitionsregierung. Ob die Koalitionsregierung erfolgreich sein wird, hängt stark davon ab, ob sie die Vorteile nützt und die Nachteile unter Kontrolle hält. Dann sollte es auch gelingen, mutige Reformen mit breiten Mehrheiten zu erreichen, anstatt aufgrund vieler Kompromisse nur Reförmchen, die keine befriedigende Antwort auf die grossen Herausforderungen geben.

**Durchlaucht, bei Amtsübergaben passiert es nicht selten, dass der Übergebende nicht loslassen kann: Wie hat das bei Ihnen ausgesehen, wie oft hat sich der Fürst in die Amtsgeschäfte eingeschaltet?**

Er selber hat sich nicht eingeschaltet. Wenn jemand so viel Erfahrung hat wie mein Vater, ist es aber sinnvoll, dass man darauf zurückgreift. Das hat mein Vater auch mit meinem Grossvater gemacht. Daher suche ich bei wichtigen Sachen sowie bei Fragen, bei denen er noch die ganze Vorgeschichte kennt, natürlich seinen Rat.

**Sie haben schon mehrfach die Notwendigkeit nachhaltiger Reformen angemahnt: In welchen Beereichen sehen Sie den grössten Reform- Handlungsbedarf?**

Es gibt verschiedenste Bereiche, in denen Reformen notwendig sind. Die wichtigsten betreffen den Staatshaushalt verbunden mit der Frage, auf welche Kernaufgaben sich der Staat konzentrieren soll. Die Ausgaben nehmen bekanntlich stärker zu als die Einnahmen. Das grösste Ausgabenwachstum ist im Bereich der Sozialsysteme, insbesondere in der Alters- und Gesundheitsvorsorge. In den kommenden Jahren wird uns die Frage beschäftigen, wie man in diesen Bereichen Strukturen schaffen kann, die nachhaltig sind.

Ebenso brennt die Frage, wie man Abläufe im Staat transparenter gestalten kann, um die Entscheidung zu erleichtern, was zu den Kernaufgaben gehört. In diesem Zusammenhang ist auch eine Entflechtung der Landes- und Gemeindeaufgaben sowie eine Steuerreform wichtig. Aber auch aufgrund des immer stärkeren Steuerwettbewerbes drängt sich eine Steuerreform auf, um die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft zu verbessern.

Damit unsere Gesellschaft und Wirtschaft weiterhin kompetitiv sind, werden wir zudem möglichst hoch qualifizierte Arbeitskräfte in Liechtenstein brauchen, die im internationalen Wettbewerb bestehen. Das heisst, auch die Bildungsfrage ist von grösster Wichtigkeit. In diesen Bereichen können wir für unser Land in den kommenden Jahren viel tun.

**Vor zwei Jahren hat das Volk zum Ansatz eines Reförmchens, nämlich bei der NBU-Subventionierung klar «Nein» gesagt. Wie kann die Bevölkerung für richtige Reformen gewonnen werden und was kann das Fürstenhaus dazu beitragen?**

Einerseits wird man die Bevölkerung ständig auf die Notwendigkeit von umfassenden Reformen hinweisen und sie auch zu mutigen Reformen ermuntern müssen. Andererseits sollte man nicht an Reförmchen feilen, bei denen die Bevölkerung das Gefühl hat, man nimmt ihr etwas weg, ohne ihr etwas Besseres zu geben. Sondern man sollte grundlegende Reformen erarbeiten, bei denen die Bevölkerung sieht, dass alle hier oder dort verzichten müssen, um etwas Besseres zu erhalten, von dem alle langfristig profitieren. Bei dieser Bewusstseinsbildung und bei der Ausarbeitung solcher Reformen kann das Fürstenhaus einen wichtigen Beitrag leisten.

**Wenn das ganze System reformiert werden soll, besteht da nicht die Gefahr, dass man «das Fuder überlädt»?**

Diese Gefahr, «das Fuder zu überladen», besteht dann, wenn man versucht, eine Vielzahl von Reförmchen an einem bestehenden System anzubringen, ohne das System selbst grundlegend zu verbessern. Dann kann schon ein Reförmchen genügen, um auf Ablehnung zu stossen, wie man am Beispiel der NBU gesehen hat. Wenn man hingegen ein bestehendes System durch ein besseres ersetzen möchte, kann man eigentlich nicht «das Fuder überladen». Dann scheitert eine Reform entweder, weil sie nicht ausreichend erklärt wurde, oder, weil sie nicht entscheidend besser als das alte System ist.

**Durchlaucht, Sie haben angesprochen, dass es vielleicht auch Menschen geben wird, die nach den Reformen weniger bekommen werden. Wie kann sich Liechtenstein auch für sozial Schwächere attraktiv erhalten?**

Sozial Schwache benötigen in Zukunft vor allem ein nachhaltig finanziertes Sozialsystem, das sie auch auf Jahrzehnte hinaus tragen und unterstützen kann. Dazu müssen wir das System heute reformieren, solange es noch leichter geht, und nicht erst, wenn es zusammenbricht.

Wenn wir heute die notwendigen Reformen machen, können wir uns auch nach den Reformen im Vergleich zu anderen Ländern noch ein relativ grosszügiges System leisten. Eine Überversorgung ist aber sicherlich nicht angebracht. Es muss genügend Anreize zur Eigenverantwortung und –initiative geben.

**Damit sind wir direkt bei den Sozialwerken: Wie können diese für die Zukunft abgesichert werden?**

Was die Altersvorsorge betrifft, sollten wir uns Gedanken machen, auf welchen Annahmen das heutige System beruht und wie sich diese in den letzten Jahrzehnten verändert haben. Als die erste Altersvorsorge unter Bismarck eingeführt wurde, lag die durchschnittliche Lebenserwartung bei ca. 65 Jahren. Heute leben wir viel länger und gehen im Schnitt früher in Pension. Es ist auch so, dass die Mobilität der Arbeitskräfte viel grösser wurde. Man bleibt nicht mehr lebenslang in einem Betrieb. Und auch was das Angebot von Vorsorgeleistungen durch Versicherungen und Banken betrifft, so gibt es heute kaum einen Vergleich zu jenen Zeiten, als unsere Systeme entstanden sind.

Wir brauchen auch in Zukunft eine Grundrente, ähnlich der AHV, die allen einen Lebensabend in Würde sichert. Darüber hinaus muss jeder selbst vorsorgen. Dazu sollten wir auch die 2. Säule stärker von den Betrieben lösen und eine obligatorische Individualvorsorge einführen. Es gibt kaum Unternehmen, zu deren Kernkompetenzen die Altersvorsorge gehört. Unternehmensvorsorge ist oft auch schlechter auf den Einzelnen zugeschnitten, als wenn er selbst vorsorgen würde.

Dies hätte auch den Vorteil, dass Arbeitsplatzwechsel nicht durch Pensionskassenwechsel erschwert werden.

Ausserdem sollten wir, wo immer möglich, vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat wechseln. Es wird immer wichtiger sein, dass ein grösserer Teil der Bevölkerung länger arbeitet als heute. Beim Leistungsprimat rechnet sich das längere Arbeiten ab einem gewissen Alter meist nicht mehr. Beim Beitragsprimat zahlt sich jedes Jahr aus, das man länger einzahlt.

**Heisst dies, das Rentenalter sollte erhöht, oder zumindest flexibler gestaltet werden?**

Wenn wir rechtzeitig einen Systemwechsel bei der Altersvorsorge vollziehen, glaube ich, dass wir eines der wenigen westlichen Länder sein werden, welches das Rentenalter nicht in absehbarer Zeit stark erhöhen muss. Grosszügige Frührenten werden wir uns aber nicht mehr leisten können.

**Auch die 13. AHV-Auszahlung ist bei uns ein Unikum. Ist dies mit der demographischen Entwicklung noch zu verantworten?**

Wir müssen uns generell die Frage stellen, wie gross eine jährliche Grundrente sein darf, die einen würdigen Lebensabend sichert und gleichzeitig langfristig finanzierbar ist. Ob dieser Betrag dann 12-mal, 13-mal oder gar 14-mal ausgezahlt wird, ist eher eine technische bzw. psychologische Frage.

**Durchlaucht, Sie sehen auch weiteren Reformbedarf bei den Gesundheitskosten: Sie haben in der Thronrede zwar die von der Regierung eingeleiteten Reformen im Sinne einer Kostensenkung gelobt, gleichzeitig aber zusätzliche Reformen angemahnt. Wo sollen die Hebel nun angesetzt werden?**

Erste Notmassnahmen zur Kosteneinbremsung wurden gesetzt. Wir werden Lösungen finden müssen, die jenen der Altersvorsorge gleichen. Es wird ein gutes, angemessenes, aber nicht zu üppiges Angebot in der Grundversorgung geben müssen, das nachhaltig finanzierbar ist. Darüber hinaus ist es jedem Einzelnen

überlassen, privat vorzusorgen, wenn er mehr an Gesundheitsleistungen haben möchte.

### **Das heisst, die Qualität unserer bestehenden Grundversorgung ist also schon recht hoch?**

Diese Qualität ist im Vergleich zu anderen Ländern extrem hoch, und wir werden sicher analysieren müssen, wie hoch diese noch sein kann, um finanzierbar zu bleiben. Wir dürfen nicht in die Situation kommen, immer höhere Prämien bezahlen und immer mehr Steuergelder für die Gesundheitsvorsorge einsetzen zu müssen. Die Gesundheitskosten sind ja ein wesentlicher Kostentreiber für den Staat, da der Staat zusätzlich zu den Prämien die Gesundheitsvorsorge grosszügigst aus Steuergeldern finanziert. Wenn wir nicht immer höhere Prämien plus Steuererhöhungen haben wollen, werden wir eine langfristig finanzierbare gesundheitliche Grundversorgung sicherstellen müssen.

### **Stichwort Steuern: Im Volk spürt man derzeit wenig Lust und Laune, das Steuergesetz zu revidieren. Warum braucht Liechtenstein eine Steuerreform?**

Solange ein System relativ gut funktioniert, ist es nicht einfach, der Bevölkerung klar zu machen, dass man es verbessern sollte. Allerdings ist unser Steuersystem nicht mehr so attraktiv, wie es früher war. Staaten wie Irland, Malta, Estland, Slowakei und Ungarn haben heute Steuersysteme, die teilweise attraktiver sind als unseres. Als Wirtschaftsplatz muss man sich ständig Gedanken machen, wie wir unsere Rahmenbedingungen verbessern. Dies ist ein wichtiger Grund, warum wir uns eine Reform überlegen müssen.

Zum anderen ist unser Steuersystem nicht sehr transparent. Mehr Transparenz in den staatlichen Abläufen ist aber, wie schon vorher erwähnt, ein wichtiger Ansatz, um eine Konzentration auf die Kernkompetenzen im Staat zu erleichtern. Auch ist unser Steuersystem nicht in allen Bereichen fair und hängt stark von einer fähigen Steuerverwaltung ab, die wir bis jetzt zum Glück hatten, worauf man sich aber für die Zukunft nicht unbedingt verlassen sollte.

**Auslöser für eine Steuerreform wären an sich die juristischen Personen: Müsste man konsequenterweise das System nicht auch für natürliche Personen revidieren?**

Ja. Wir sollten das Steuersystem auch für die natürlichen Personen revidieren. Wenn wir nur einige Reförmchen bei der Unternehmensseite bzw. den juristischen Personen machen, wie beispielsweise die Abschaffung der Couponsteuer, so ist dies sicher besser als der Status Quo. Allerdings glaube ich nicht, dass dies heutzutage im Ausland als grosser Wurf verkauft werden kann, der unsere Rahmenbedingungen stark verbessert. Auch besteht die Gefahr, dass dann so bald keine weiteren wichtigen Reformen im Steuerbereich mehr politisch möglich sein werden.

Ich spreche mich daher für eine möglichst umfassende Steuerreform aus, die uns das modernste Steuersystem weltweit bringt und die es uns dann erlaubt, wiederum für Jahrzehnte das Steuersystem weitgehend unverändert zu belassen. Denn diese Planungssicherheit ist eine der Hauptattraktivitäten unseres Steuersystems.

**Durchlaucht, Steuern sind eine eher technische Angelegenheit, mit der sich die Bürgerinnen und Bürger zwar auseinandersetzen, aber nicht so intensiv, wie mit anderen Lebensbereichen. Denken Sie, dass die Begründung, das System sei nicht sehr transparent und auch nicht überall fair, neben anderen Gründen ausreichen wird, um das Volk von der Notwendigkeit einer Revision zu überzeugen?**

Überzeugen kann man die Bevölkerung nur mit einem attraktiven Modell, dessen Vorteile man erklärt. Diese Arbeit muss noch gemacht werden. Von der Wirtschaftsseite her wird die Überarbeitung unseres Steuersystems schon als Notwendigkeit gesehen, in der breiten Bevölkerung noch weniger. Wenn man aber schon jetzt den Mut verliert, wird man nie eine grundlegende Verbesserung erreichen können.

Ich sehe es nicht als meine Aufgabe, nur Reformen anzusprechen, die populär sind. Da ich mich nicht einer Wiederwahl stellen muss, sehe ich es als eine wichtige

Aufgabe, Dinge aufzunehmen, die die Politik sonst nicht ansprechen würde. Als der Fürst den Beitritt zur UNO und zum EWR vertreten hat, war dies anfangs auch nicht populär, heute sind wir aber froh, Mitglied in beiden Organisationen zu sein.

**Zur Bildungsreform: Konkret haben Sie sich für einen «fruchtbaren Wettbewerb der Bildungseinrichtungen» ausgesprochen. Wie stellen Sie sich das in der Praxis vor? Denken Sie dabei an Profilschulen im Sekundarbereich?**

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir den gesamten Ordnungsrahmen der Bildung ändern sollten. Wir haben in den vergangenen Jahren unser Bildungswesen – vielfach auch unbewusst – weitgehend verstaatlicht und zentralisiert. Man kann fast von einer zentralen Planwirtschaft sprechen, die sogar im Vergleich mit anderen Staaten sehr weit geht. Wenn ich meinen Kindergartenschüler für mehr als drei Tage dispensieren möchte, muss dies vom Schulamt bewilligt werden. Für Lehreranstellungen braucht es Regierungsbeschlüsse. Dies ist übertriebener Zentralismus.

Wir brauchen einen dezentralen, marktwirtschaftlichen Wettbewerbsrahmen. Das bedeutet mehr Profilgebung für die Schulen und mehr Autonomie. Wichtig erachte ich, dass man mit der Autonomie weit genug geht. Ausser dass der Staat Kontrollmöglichkeiten vorsieht, um den sorgfältigen Umgang mit Steuergeldern sicherzustellen, gibt es dabei keinen Grund, warum eine öffentliche Schulleitung weniger Kompetenzen haben soll als eine private. Daraus kann dann ein fruchtbarer Wettbewerb zwischen den Schulen entstehen, der das Bildungsangebot im Sinne der Nachfrager ständig verbessert. Wenn das Interesse gross genug ist, werden nebenbei bald von ganz alleine Ganztageschulen oder Gesamtschulen entstehen.

**Der Wettbewerb zwischen den Schulen steigert also auch die Qualität des Bildungswesens?**

Richtig. Wir haben unlängst am Beispiel der Sportschule in Liechtenstein sehen können, dass die Nachfrage gross ist, wenn eine Bildungseinrichtung sich ein attraktives Profil gibt. Andere Schulen werden von den erfolgreichen lernen und

versuchen, sich selbst zu verbessern. Bei einer ausreichenden Autonomie können sie dies auch tun. So hebt sich mit der Zeit das ganze Niveau der Schulen.

Gerade auch für unsere Oberschulen sehe ich ein grosses Potenzial: Wenn diese Schulen sich selbst ein Profil geben könnten, dann kann sich beispielsweise eine Oberschule auf das Handwerk spezialisieren. Dies könnte bei den Lehrern den Anstoss für viele neue Initiativen geben und sie für diese neue Richtung begeistern. Diese Begeisterung geht dann schnell auf die Schüler über, die so auch mit mehr Eifer bei der Sache sind. Die Abgänger einer solchen Schule wären wiederum von der Wirtschaft aufgrund ihrer zusätzlichen Spezialisierung und höheren Motivation mehr geschätzt als heute und würden damit leichter eine Arbeit finden.

**Dies würde doch bedingen, die starren Fesseln der Schulbezirke sofort aufzulösen?**

Richtig. Die Sportschule konnte man auch nicht nur für die Schaaner einrichten. Gewisse Dinge kann man sicher sofort machen. Für anderes wird man einen neuen rechtlichen Rahmen brauchen, und die Vorbereitung der Schulleitungen auf die neuen Aufgaben benötigt sicher auch etwas Zeit.

**In der Thronrede haben Sie sich für eine umfassende Verankerung des Lebensschutzes in der Verfassung ausgesprochen: Gleichzeitig haben Sie gesagt, dass dies aus Sicht der Fristenlösungsdiskussion «eigentlich kein Problem sein sollte»?**

Die Initiative, so wie sie vorgeschlagen ist, ist in der Verfassung bei den Staatsaufgaben verankert. Das heisst, es handelt sich um eine Zielbestimmung, die es den Staatsorganen zur Aufgabe macht, das Leben umfassend zu schützen. Im Grunde besteht diese Staatsaufgabe implizit schon heute, denn die Staaten sind vor allem auch deshalb entstanden, um das Leben ihrer Bürger zu schützen. Neu würde der Schutz des Lebens explizit und umfassend als Staatsaufgabe verankert. Ich begrüsse dies und habe als Staatsorgan kein Problem, einer solchen Staatsaufgabe nachzukommen.

Was die Fristenlösung betrifft, so haben alle Bewegungen in Liechtenstein bislang ihre Bestrebungen für eine Fristenlösung damit begründet, dass bei einer Fristenlösung mit guter Beratung gesamthaft mehr ungeborenes Leben geschützt werden könnte, und dass dies ihr wichtigstes Anliegen sei. Wenn der Schutz des Lebens für die Befürworter der Fristenlösung tatsächlich bis in letzter Konsequenz an erster Stelle steht, sollten sie daher eigentlich kein Problem mit dem Schutz des Lebens von der Empfängnis an haben.

Allerdings sehe ich gerade bei diesem Punkt das grosse Problem der Fristenlösung und glaube daher nicht, dass sie mit einem umfassenden Lebensschutz vereinbar ist. Zum einen haben wir das Problem, dass bei jeder Fristenlösung in den ersten 3 Monaten das ungeborene Kind sein individuelles Recht auf Leben verliert. Ein strafloses Töten von ungeborenen Kindern zu erlauben, um im Gegenzug vielleicht zu erreichen, dass bei der Fristenlösung mehr Mütter eine gute Beratung bekommen und dadurch theoretisch einige ungeborene Kinder gerettet werden können, halte ich mit dem Recht auf Leben für nicht vereinbar. Zum anderen ist es statistisch nicht bewiesen, dass bei einer Fristenlösung mit guter Beratung tatsächlich mehr Kinder geschützt werden. Ich sehe auch das Problem eines kommenden Wertewandels in der Gesellschaft, wenn das ungeborene Kind in den ersten drei Monaten nicht mehr umfassend strafrechtlich geschützt wird. Längerfristig wird ein ungeborenes Kind dann in den ersten drei Monaten als weniger wertvoll empfunden, und man wird immer mehr die Hemmungen vor einer Abtreibung verlieren.

**Aber, Durchlaucht, im Moment gehen abtreibungswillige Frauen ins Ausland, oder Abtreibungen werden mancherorts unter widrigsten hygienischen Bedingungen vorgenommen. Tut eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs Not?**

Wir müssen die Situation für die ungewollt Schwangere unbedingt verbessern. Sie wird heute allein gelassen. Wir müssen sie besser beraten und auch finanziell stärker unterstützen. Hier können wir am schnellsten etwas für diese Frauen erreichen und hier sollten wir auch ansetzen.

**Nehmen wir das Beispiel eines Vergewaltigungsopfers: bei vollem Lebensschutz müsste das Kind in jedem Falle ausgetragen werden?**

Diese Situation haben wir auch nach der heutigen Regelung des Strafgesetzbuches. Diesen kritischen Extremfall wird man nie wirklich befriedigend regeln können. Aber man muss sich die Frage stellen, ob eine Vergewaltigung – so tragisch sie ist – ein Grund sein kann, ein ungeborenes Kind zu töten. Was sagen Sie einem Menschen, der aus einer Vergewaltigung entstanden ist? Dass er eigentlich hätte abgetrieben werden sollen? Natürlich müsste die Mutter in so einem Fall aber ähnlich grosszügig entschädigt werden wie bei einer schweren Verletzung aufgrund einer Gewalttat, und sie sollte das Kind zur Adoption freigeben können.

**Durchlaucht, Sie machen sich in Ihrer Amtsführung auch für den Schutz von Minderheiten sehr stark. So haben Sie dies auch bei der ersten Rede anlässlich des letzten Staatsfeiertages geäussert. In der Schweiz wurde unlängst die gleichgeschlechtliche Partnerschaft legalisiert. Homosexuelle sind bei uns in der Gesellschaft zumindest zahlenmässig eine Minderheit. Können Sie sich die schweizerische Lösung auch für Liechtenstein vorstellen?**

Als unabhängiges Staatsoberhaupt, das sich keiner Wiederwahl stellen muss, sehe ich es grundsätzlich als eine meiner Aufgaben, Minderheiten zu schützen, wenn sie von der Mehrheit unterdrückt werden.

Was die Homosexuellen betrifft, so muss man zunächst festhalten, dass sie heute zum Glück nicht mehr verfolgt werden. Diese Menschen leben gut, was nicht heisst, dass man sich keine Überlegungen anstellen sollte, wie man das eine oder andere für sie verbessern kann, wie z.B. ein Besuchsrecht am Krankenbett des anderen. Allerdings wird man nicht so weit gehen können, ihnen Adoptionsrechte für Kinder zu erlauben. Denn dann würde man beginnen, die Rechte einer anderen Minderheit, die nicht einmal ein Stimmrecht hat, nämlich jene der Kinder zu unterdrücken. Da würde bei mir das Recht der Kinder, in einer möglichst natürlichen Umgebung aufzuwachsen, bei weitem überwiegen.

Schliesslich müssen wir bei der Frage von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften das Thema Gleichberechtigung oder Gleichstellung von Homosexuellen sauber vom Thema Förderung und Subventionierung der Familie als kleinste und sehr bedeutende Einheit im Staat auseinander halten. Wenn wir die Familie als wichtigen Teil der Gesellschaft, nicht zuletzt zur Produktion von Nachkommen, auf verschiedenste Arten fördern, so muss dies nicht bedeuten, dass wir die gleichgeschlechtliche Partnerschaft jeweils im gleichen Ausmass unterstützen müssen.

**Läuten wir gemeinsam die Schlussrunde ein und kommen nochmals auf die Wirtschaft zu sprechen: Sie sagen immer wieder, dass Liechtensteins als Wirtschaftsstandort attraktiv bleiben muss. Mit welchen konkreten Massnahmen kann dies geschehen?**

Dazu gehören ein attraktives Steuersystem und niedrige Sozialabgaben. Auch braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat, um Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und die Rahmenbedingungen entsprechend anzupassen. Eine optimale Bildungspolitik ist ebenso vonnöten, um die Bevölkerung auf den globalen Wettbewerb vorzubereiten.

**Wie beurteilen Sie die Chancen dazu? Hat Liechtenstein gute Perspektiven, gerade auch durch die Kleinheit unseres Landes?**

Wir haben als Kleinstaat zwar den Nachteil, die internationalen Agenden nicht mit beeinflussen zu können. Auf der anderen Seite kann Liechtenstein, wenn wir vorausschauend agieren, Chancen schneller ergreifen und umsetzen. Diese Chance der Schnelligkeit wird in Zukunft vielleicht eher noch bedeutender. Daher sehe ich gute Perspektiven für unser Land, wenn wir bereit sind, die Chancen auch wirklich zu ergreifen.

**Durchlaucht, zum Ende unseres Gespräches: Haben Sie eine Vision, wie Liechtenstein in 50 Jahren aussehen kann, auch im Bereich der internationalen Einbindung? Werden wir ein Stadt-Staat?**

Ob wir ein Stadt-Staat werden, ist schwer voraussehbar. Die Haupttreiber dazu sind die demographische Entwicklung einerseits und die Anzahl der erteilten Aufenthaltsbewilligungen andererseits.

Ich bin aber zuversichtlich, dass wir als Staat weiterhin sehr erfolgreich bleiben, solange wir den Mut haben, in den nächsten Jahren Reformen durchzuführen. Dann haben wir wieder erfolgreiche Jahrzehnte vor uns.